

M10 Wer hat das Sagen in der EU? | 10.3 Erläuterungen

(1) HINTERGRUND KOMPETENZVERTEILUNG IN DER EU

Beispiel: In der Handelspolitik hat die EU die “ausschließliche Zuständigkeit”.

Die "ausschließliche Zuständigkeit" in der EU bedeutet, dass bestimmte Bereiche allein von der EU geregelt und entschieden werden, ohne direkte Einflussmöglichkeiten der Mitgliedstaaten. Das umfasst beispielsweise das Aushandeln von Handelsabkommen mit anderen Ländern oder Handelsvorschriften für den Binnenmarkt. Die Mitgliedstaaten können in diesem Bereich keine eigenständigen Entscheidungen treffen, sondern müssen die gemeinsamen Regelungen und Vereinbarungen der EU befolgen. Dies ermöglicht eine einheitliche und kohärente Handelspolitik auf EU-Ebene.

Beispiel: Die europäische Raumfahrt gehört zum Bereich der “geteilten Zuständigkeit”.

Die "geteilte Zuständigkeit" in der EU bedeutet, dass bestimmte Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten aufgeteilt sind. In der europäischen Raumfahrt teilen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten Verantwortlichkeiten. Die EU fördert und koordiniert, während die Mitgliedstaaten eigene Programme haben. Durch Partnerschaften wie die Europäische Weltraumorganisation (European Space Agency, ESA) werden gemeinsame Ziele verfolgt und die Raumfahrtindustrie gestärkt, ohne die nationale Autonomie zu beeinträchtigen.

Beispiel: Im Tourismus hat die EU die lediglich “unterstützende Zuständigkeit”.

Die "unterstützende Zuständigkeit" in der EU bedeutet, dass die EU den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung bestimmter Politikbereiche hilft, ohne dabei die Hauptverantwortung zu übernehmen. Dies umfasst im Tourismus beispielsweise die Erleichterung der Reisemobilität innerhalb der EU und die Bereitstellung von Informationen und Ressourcen für Reisende. Die Mitgliedstaaten behalten jedoch die Hauptverantwortung für die Organisation und Verwaltung ihrer eigenen Tourismusindustrie, während die EU unterstützende Maßnahmen ergreift, um den gemeinsamen Zielen und Herausforderungen im Tourismussektor gerecht zu werden.

Gerade wenn EU und Mitgliedstaaten in einem Bereich mitreden können, stellt sich häufig die Frage, wer die Entscheidung treffen soll. Hier greift der Grundsatz der Subsidiarität. Dieser besagt, wer ein Problem besser lösen kann, entscheidet.

Auseinandersetzung über Zuständigkeiten

Manchmal gibt es auch Streit darüber, ob die EU in die Kompetenz der Mitgliedstaaten eingreifen darf. Ein Beispiel, das vor den Europäischen Gerichtshof ging, war 2002 der *Eurojust*-Streit zwischen Deutschland und der EU.

Eurojust ist eine EU-Agentur, die bei der Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Justizbehörden unterstützt. Deutschland argumentierte, dass die Zuständigkeit für strafrechtliche Angelegenheiten in die nationale Zuständigkeit fällt und nicht auf die EU übertragen werden dürfe. Der Europäische Gerichtshof entschied jedoch zugunsten der EU und erklärte, dass der Rahmenbeschluss zur Einrichtung von Eurojust rechtmäßig sei.

1. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS LEBENSMITTEL SICHER SIND?

Die Sicherheit von Lebensmitteln ist eine **geteilte Zuständigkeit** zwischen der EU und den Mitgliedstaaten.

Die EU hat Rechtsvorschriften und Regelungen entwickelt, um die Lebensmittelsicherheit auf EU-Ebene zu gewährleisten. Dazu gehört die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die wissenschaftliche Gutachten und Empfehlungen zur Bewertung von Risiken im Zusammenhang mit Lebensmitteln abgibt.

Die EU erlässt auch Verordnungen und Richtlinien, die Lebensmittelstandards, Etikettierungsanforderungen, Rückverfolgbarkeit und andere Aspekte der Lebensmittelsicherheit festlegen.

Die Mitgliedstaaten sind wiederum dafür verantwortlich, die EU-Gesetzgebung in nationales Recht umzusetzen und ihre eigenen Behörden und Inspektionsdienste einzusetzen, um die Einhaltung der Lebensmittelvorschriften zu überwachen und die Sicherheit der Lebensmittel innerhalb ihrer Grenzen zu gewährleisten.

Auf diese Weise arbeiten die EU und die Mitgliedstaaten zusammen, die Sicherheit von Lebensmitteln zu gewährleisten und die Gesundheit der Verbraucher zu schützen.

2. WER IST ZUSTÄNDIG FÜR DEN LEHRPLAN IN DER SCHULE?

Die Zuständigkeit für die Lehrpläne liegt bei den Bildungsbehörden oder dem Bildungsministerium auf **nationaler oder regionaler Ebene**.

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Lehrpläne in erster Linie bei den einzelnen Bundesländern und ist somit föderal geregelt. Jedes Bundesland hat eine eigene Bildungsverwaltung und ein eigenes Bildungsministerium oder Kultusministerium, das für die Bildungspolitik und die Festlegung der Lehrpläne zuständig ist.

Daher können sich die Lehrpläne von Bundesland zu Bundesland leicht unterscheiden, aber alle legen Wert auf einen qualitativ hochwertigen Unterricht, der sich an den Bildungsstandards orientiert.

3. WER IST ZUSTÄNDIG FÜR DAS VERBOT VON FERNSEHWERBUNG FÜR ZIGARETTEN?

Das Verbot der Fernsehwerbung für Zigaretten fällt in die **Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten**. Die EU hat Richtlinien erlassen, die Werbebeschränkungen für Tabakerzeugnisse in audiovisuellen Medien wie dem Fernsehen festlegen. Die Mitgliedstaaten können zusätzliche nationale Maßnahmen ergreifen, um die Werbung für Zigaretten weiter einzuschränken, wenn sie dies für notwendig erachten. Gemeinsam arbeiten sie daran, die Werbung für Zigaretten im Fernsehen zu verbieten, um die öffentliche Gesundheit zu schützen.

In vielen EU-Ländern haben die Mitgliedstaaten solche strengeren Werbebeschränkungen eingeführt, um die öffentliche Gesundheit zu schützen und den Tabakkonsum zu reduzieren. Daher sind sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten gemeinsam für das Verbot der Fernsehwerbung für Zigaretten verantwortlich.

4. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS EURE ELTERN FÜR EUCH KINDERGELD BEKOMMEN?

In den meisten Ländern, so auch in Deutschland, liegt die Zuständigkeit für die Auszahlung des Kindergeldes bei den **nationalen oder regionalen** Sozialbehörden oder Familienkassen angesiedelt. In Deutschland ist die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit für die Verwaltung und Auszahlung des Kindergeldes an die berechtigten Eltern zuständig.

Das Kindergeld ist eine staatliche Leistung zur finanziellen Unterstützung der Eltern. Es wird in der Regel für jedes Kind gezahlt und richtet sich nach der Anzahl und dem Alter der Kinder. Die genauen Voraussetzungen und die Höhe des Kindergeldes können je nach Land und regionalen Regelungen variieren.

Die Zuständigkeit für das Kindergeld liegt in der Regel auf nationaler oder regionaler Ebene, aber es gibt auch internationale Übereinkommen und Regelungen, die die Koordinierung von Familienleistungen zwischen verschiedenen Ländern regeln, um Doppelzahlungen oder Ausfälle zu vermeiden, wenn Eltern in einem anderen EU-Land arbeiten oder leben.

5. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS GEFÄHRLICHER FEINSTAUB IN DER LUFT BEKÄMPFT WIRD?

Für die Bekämpfung gefährlicher Feinstaubpartikel in der Luft sind sowohl die **EU als auch die Mitgliedstaaten** zuständig.

Die EU hat Vorschriften und Standards festgelegt, die die Luftqualität in den Mitgliedstaaten regeln. Die EU-Richtlinie 2008/50/EG zum Beispiel befasst sich mit Luftqualitätsnormen und -zielen, einschließlich der Begrenzung von Feinstaub in der Luft.

Die Mitgliedstaaten sind jedoch für die Umsetzung dieser EU-Richtlinien in nationales Recht verantwortlich und müssen Maßnahmen ergreifen, um die Luftqualität zu verbessern und gefährlichen Feinstaub zu reduzieren. Dazu können sie spezifische lokale oder nationale Maßnahmen wie Verkehrsbeschränkungen, Umweltzonen, Förderung sauberer Technologien und andere umweltfreundliche Initiativen ergreifen.

Die EU und die Mitgliedstaaten arbeiten also zusammen, um die Luftqualität zu verbessern und gefährlichen Feinstaub in der Luft zu bekämpfen, während die konkreten Maßnahmen und Regelungen vor Ort von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegt und umgesetzt werden.

6. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS SPIELZEUG SICHER IST?

Die Sicherheit von Spielzeug fällt in die **gemeinsame Zuständigkeit der EU und der Mitgliedstaaten**.

Die EU hat Gesetze und Richtlinien erlassen, die Sicherheitsstandards für Spielzeug festlegen. Die EU-Richtlinie 2009/48/EG über die Sicherheit von Spielzeug legt die Mindestanforderungen fest, die Spielzeug erfüllen muss, um in der EU verkauft zu werden. Sie regelt Aspekte wie die Verwendung sicherer Materialien, Altersbeschränkungen, Kennzeichnungsvorschriften und Prüfverfahren.

Die Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich, die EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und die Einhaltung der Sicherheitsstandards in ihrem Land zu überwachen. Das bedeutet, dass es in den Mitgliedstaaten nationale Behörden und Prüfstellen gibt, die Spielzeug auf Sicherheitsaspekte überprüfen und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen, wenn unsichere Produkte auf dem Markt auftauchen.

Ein Beispiel, das viele aus dem Alltag kennen: Das CE-Kennzeichen auf Spielzeug zeigt, dass es den Sicherheitsstandards der EU entspricht und sicher für den Verkauf in der EU ist. Die Hersteller bringen das CE-Kennzeichen an, und die Mitgliedstaaten überwachen die Einhaltung, um die Sicherheit der Verbraucher_innen zu gewährleisten.

Die EU und die Mitgliedstaaten arbeiten zusammen, um sicherzustellen, dass Spielzeug, das in der EU verkauft wird, den höchsten Sicherheitsstandards entspricht und die Gesundheit und Sicherheit von Kindern schützt.

7. WER IST ZUSTÄNDIG FÜR DIE UNIFORMEN DER POLIZEI?

Die Zuständigkeit für Polizeiuniformen liegt grundsätzlich **ausschließlich bei den Mitgliedstaaten der EU**. Die EU hat keine direkte Zuständigkeit für die Gestaltung oder Regelung von Polizeiuniformen. Die Mitgliedstaaten haben die Autonomie, ihre eigenen Polizeieinheiten zu organisieren, einschließlich der Auswahl und des Designs ihrer Uniformen.

Jedes Land hat seine eigenen Gesetze und Vorschriften für Polizeiuniformen, die auf nationaler oder regionaler Ebene festgelegt werden. Dies ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die Uniformen an ihre jeweiligen rechtlichen, kulturellen und operativen Anforderungen anzupassen.

Obwohl die EU keine direkte Zuständigkeit für Polizeiuniformen hat, gibt es in einigen Fällen EU-Richtlinien oder Empfehlungen für die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Praktiken zwischen den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten. Diese können jedoch nicht die individuelle Gestaltung der Uniformen regeln, sondern betreffen eher Aspekte der polizeilichen Zusammenarbeit und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

8. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, OB IN GASTSTÄTTEN GERAUCHT WERDEN DARF ODER NICHT?

Die Zuständigkeit für die Regelung des Rauchens in der Gastronomie liegt primär **bei den einzelnen EU-Mitgliedstaaten**. Die EU kann jedoch indirekt Einfluss auf die Rauchergesetze nehmen, indem sie Rahmenrichtlinien oder Empfehlungen erlässt, die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden können. Dies kann dazu führen, dass sich die Gesetzgebung in den verschiedenen EU-Ländern in bestimmten Aspekten ähnelt oder harmonisiert wird.

In den meisten Fällen obliegt die Entscheidung über das Rauchen in Gaststätten jedoch den einzelnen Mitgliedstaaten, da Gesundheit eine nationale Zuständigkeit ist. Die EU kann lediglich übergeordnete Maßnahmen ergreifen, um die Gesundheit der Bürger_innen in der gesamten Union zu schützen, aber die genauen Regeln und Verbote für das Rauchen in Gaststätten werden auf nationaler Ebene festgelegt.

9. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS AM FLUGHAFEN DAS HANDGEPÄCK DURCHLEUCHTET WIRD?

Die Sicherheitskontrollen an Flughäfen, einschließlich der Durchsuchung des Handgepäcks, fallen grundsätzlich in die **Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten**. Jeder Mitgliedstaat ist dafür verantwortlich, die Sicherheitsmaßnahmen an seinen Flughäfen festzulegen und durchzuführen.

Allerdings gibt es auch EU-weite Vorgaben und Standards für die Flughafensicherheit. Die EU erlässt Rahmenrichtlinien und Verordnungen, die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Diese EU-Vorgaben stellen sicher, dass grundlegende Sicherheitsstandards an allen Flughäfen in der EU eingehalten werden.

Die einzelnen Mitgliedstaaten haben jedoch Spielraum, um zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen festzulegen, die über die EU-Standards hinausgehen, um die spezifischen Bedürfnisse und Sicherheitsanforderungen ihres Landes zu erfüllen. Daher werden die Sicherheitskontrollen an den Flughäfen sowohl von der EU als auch von den Mitgliedstaaten beeinflusst und geregelt.

10. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, DASS HANDY-LADEKABEL EINHEITLICH SIND?

Mehr als zehn Jahre lang hatte **die EU** darauf gesetzt, dass die Industrie freiwillig mitzieht und sich auf einen gemeinsamen Standard für Ladestecker einigt, damit der lästige Kabelsalat ein Ende hat. Jetzt hat die EU-Kommission den USB-C-Standard verbindlich vorgeschrieben.

Im Jahr 2020 kauften die Verbraucher_innen in der EU etwa 420 Millionen elektronische Geräte. Sie besitzen im Durchschnitt drei Ladegeräte, aber 38 Prozent hatten Probleme beim Aufladen, da kein kompatibles Ladegerät verfügbar war. Um dieses Problem zu lösen, hat die EU-Kommission einen Vorschlag für ein gemeinsames Ladegerät am 23. September 2021 vorgelegt, dem das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten zugestimmt haben.

Ab 2024 dürfen Hersteller in Deutschland und der gesamten EU nur noch neue Modelle tragbarer elektronischer Geräte mit einem einheitlichen Ladekabel verkaufen. USB-C wird als neuer Standard für Mobiltelefone, Kameras, Tablets, Videospielkonsolen, Kopfhörer und andere Geräte vorgeschrieben, die mit einem Kabel aufgeladen werden. Diese Maßnahme soll die Probleme beim Aufladen beheben und die Verwendung von kompatiblen Ladegeräten erleichtern. Zudem soll dies die Verwirrung und den Abfall reduzieren, der durch verschiedene Ladekabeltypen entsteht.

11. WER IST DAFÜR ZUSTÄNDIG, WIE HOCH DIE MEHRWERTSTEUER IST?

Die Höhe der Mehrwertsteuer liegt in der **Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten**. Jeder Mitgliedstaat ist frei, seine eigenen Mehrwertsteuersätze festzulegen und über deren Anwendung zu entscheiden. Es gibt jedoch Mindestsätze, die von der EU festgelegt wurden, um eine gewisse Harmonisierung sicherzustellen.

Die EU-Richtlinie 2006/112/EG regelt die allgemeinen Rahmenbedingungen für das Mehrwertsteuersystem in der EU, einschließlich der Mindestsätze. Gemäß dieser Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten einen Mindest-Mehrwertsteuersatz von 15 % auf Standardgüter und -dienstleistungen festlegen. Für bestimmte Waren und Dienstleistungen gibt es ermäßigte Steuersätze, die jedoch nicht unter 5 % fallen dürfen.

Aufgrund dieser EU-Vorgaben haben die Mitgliedstaaten dennoch eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung ihrer individuellen Mehrwertsteuersätze, was zu unterschiedlichen Steuersätzen in den verschiedenen Ländern führt.

So hat Deutschland beispielsweise Während der Corona-Pandemie die Mehrwertsteuersätze vorübergehend gesenkt, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise abzufedern und die Kaufkraft der Verbraucher_innen zu stärken. Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 wurden die Mehrwertsteuersätze in Deutschland vorübergehend gesenkt. Der reguläre Mehrwertsteuersatz wurde von 19 % auf 16 % reduziert, und der reduzierte Satz (für bestimmte Waren und Dienstleistungen) wurde von 7 % auf 5 % gesenkt.

12. WER IST FÜR DIE ABSCHAFFUNG DER ROAMING GEBÜHREN ZUSTÄNDIG?

Die Zuständigkeit für die Abschaffung der Roaming-Gebühren liegt **bei der EU**.

Dank der Wettbewerbspolitik der EU und ihrer Bemühungen, den Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt zu fördern, wurden Roaming-Gebühren zwischen den EU-Ländern abgeschafft. Die EU hat sich aktiv dafür eingesetzt, die Roaming-Gebühren zwischen den EU-Ländern abzuschaffen, um den Verbraucher_innen günstigere Tarife und mehr Auswahl zu bieten. Die EU-Kommission hat entsprechende Gesetze und Vorschriften erlassen, um die Roaming-Gebühren innerhalb der EU zu regulieren und schrittweise abzuschaffen.

Früher mussten Reisende hohe Gebühren zahlen, wenn sie ihr Handy im Ausland nutzen wollten. Aber durch die EU-Regelung können Bürger_innen jetzt problemlos und ohne zusätzliche Kosten ihre Handys im EU-Raum nutzen, als wären sie zu Hause.

Durch die EU-Regelung konnten die Telekommunikationsanbieter dazu gebracht werden, ihre Roaming-Gebühren zu senken und schließlich abzuschaffen, sodass die Verbraucher ihre Handys im EU-Raum zu denselben Tarifen nutzen können wie zu Hause. Dies trägt dazu bei, den Wettbewerb zu fördern und den Handel innerhalb der EU zu erleichtern.

13. WER IST FÜR AUSLÄNDISCHE EINSÄTZE (ZIVIL & MILITÄRISCH) ZUSTÄNDIG?

Sonderfall: Einen Sonderfall stellt der Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik dar. Obwohl Außenpolitik häufig grenzüberschreitende Auswirkungen hat, ist die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten besonders sensibel. Schließlich geht es hier um Fragen wie Krieg, Frieden Sicherheit und Verteidigung. Hier wollen die Mitgliedstaaten ihre nationale Entscheidungsfreiheit bewahren. Deshalb kann die EU bei internationalen Konflikten nur tätig werden, wenn alle Mitgliedstaaten zugestimmt haben. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ermöglicht jedoch gemeinsame Aktionen. Es gibt eine Art „europäischen Außenminister“ und europäische Botschaften, an die sich alle EU-Bürger_innen außerhalb Europas wenden können.

Zivile und militärische Auslandseinsätze fallen grundsätzlich in die **Zuständigkeit der einzelnen EU-Mitgliedstaaten**. Die Entscheidung, ob zivile oder militärische Kräfte ins Ausland entsandt werden, liegt bei den Regierungen der einzelnen EU-Staaten. Jeder Mitgliedstaat ist für seine Außen- und Sicherheitspolitik selbst verantwortlich und kann eigenständig über internationale Einsätze entscheiden.

Es gibt aber auch Fälle, in denen die EU als Ganzes bei internationalen Einsätzen eine Rolle spielt. So kann die EU zivile Missionen zur Konfliktverhütung und Friedenssicherung entsenden, bei denen Expertenteams aus verschiedenen EU-Ländern zusammenarbeiten, um Frieden und Stabilität in Krisengebieten zu fördern.

Wenn alle Mitgliedstaaten einen zivilen oder militärischen Einsatz befürworten, können sie dafür auch die Strukturen der EU nutzen. So liegt die Verantwortlichkeit auch zum Teil bei der EU, aber nur dann, wenn wirklich alle Mitgliedstaaten dafür sind – hier muss einstimmig entschieden werden, jeder Mitgliedstaat kann also einen gemeinsamen europäischen Einsatz blockieren.

Grundsätzlich bleibt die Zuständigkeit für Auslandseinsätze aber bei den Mitgliedstaaten, die einzeln über die Beteiligung an internationalen zivilen oder militärischen Missionen entscheiden.

Ein jüngstes Beispiel: Im Herbst 2022 hat die EU eine militärische Unterstützungsmission der Ukraine (EUMAM Ukraine) begonnen, um die Ukraine in ihrem Kampf gegen die anhaltende russische Aggression zu unterstützen.

Ziel der Mission, die am 17. Oktober offiziell eingeleitet wurde, ist es, die militärischen Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zu stärken, damit diese die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen verteidigen und die Zivilbevölkerung schützen können.

EUMAM Ukraine verfügt über ein Mandat ohne Exekutivbefugnisse, um an mehreren Standorten im Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedstaaten individuelle, kollektive und spezialisierte Ausbildungsmaßnahmen für bis zu 15.000 ukrainische Streitkräfte durchzuführen.

14. GERADE WENN EU UND MITGLIEDSTAATEN IN EINEM BEREICH MITREDEN KÖNNEN, STELLT SICH HÄUFIG DIE FRAGE, WER DIE ENTSCHEIDUNG TREFFEN SOLL. HIER GREIFT DER GRUNDSATZ DER SUBSIDIARITÄT. DIESER BESAGT, ...

Das **Subsidiaritätsprinzip** in der EU besagt, dass die EU nur in Bereichen tätig werden sollte, in denen sie effektiver handeln kann als die nationalen Regierungen, wenn ein Problem gelöst werden muss.

Ein Beispiel für das Subsidiaritätsprinzip ist die Umweltgesetzgebung: Wenn ein Umweltproblem grenzüberschreitend ist und von einzelnen Mitgliedstaaten nicht effektiv alleine gelöst werden kann, kann die EU Maßnahmen ergreifen, um das Problem länderübergreifend anzugehen und so eine effektivere Lösung zu erreichen.